

# Einladung zur Pogromprobe

Wer meint, auf Bürgerversammlungen ließe sich erfolgreich um Verständnis für Asylsuchende werben, kennt dieses Land und seine Leute schlecht. Am Beispiel einer Informationsveranstaltung in Ottobrunn bei München zeigt sich das Elend. Von Caspar Schmidt.

## Prolog:

Monatelang marschierten Neonazis 2015 durchs sächsische Freital. Große Teile der Bürgerschaft hielten „Mahnwachen“ mit einem sinnverwandten Anliegen ab. Im Hotel Leonardo sollten Geflüchtete unterkommen. Auf Facebook-Seiten wie „Bürgerinitiative Freital“, „Freital wehrt sich – Nein zum Hotelheim“ sowie „Frigida – Unsere Stadt bleibt sauber -- Freital ist frei“ machten Freitaler Geflüchtete verächtlich und drohten mit Gewalt.

Ein wütender Mob empfing bereits die ersten Flüchtlingsbusse, von einer „pogromartigen“ Stimmung sprachen Polizei und Augenzeugen übereinstimmend. Geflüchtete wurden in den darauffolgenden Wochen durch die Straßen gejagt und geprügelt – das Hotel Leonardo war zahlreichen Anschlägen ausgesetzt.

Dem verrohten Klima wusste das Land Sachsen nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil. Anstatt die Banden zu zerschlagen, organisierten Staat und Kommune versehentlich deren Vermählung auf einer sogenannten Bürgerversammlung. „Wichtig ist, dass die Kommunikation mit den Menschen vor Ort gesucht wird“, halluzinierte der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) damals noch optimistisch eine Trendwende herbei.

## Wie der Mob sich findet

Doch die staatlich organisierte Zusammenkunft auf einer „Bürgerversammlung“ verschärft das Problem in der Regel eklatant. Waschechte Neonazis und der Otto-Normal-Rassist, sogenannte „besorgte Bürger“ und die in ihren Löchern vereinsamten Internet-Haterinnen und -Hater sind ansonsten schwer zu organisieren. Selbst örtliche Neonazigruppen pflegen unterein-



ander häufig Feindschaften und würden ein gemeinsames Podium nur schwer hinbekommen.

Erst durch die staatlich organisierte Bürgerversammlung entsteht der Raum, in dem die rassistische Melange zueinander findet, wo sie sich vereinen und sich übergreifend organisieren kann; wo sie ein mediales Podium bekommt, das sie aus eigener Kraft nicht annähernd herzustellen im Stande wäre.

„Erfolg sieht anders aus“, räumte auch Innenminister Ulbig nach der Informationsveranstaltung in Freital ein, nun deutlich weniger optimistisch. Gründlich ausgebuht wurde der Innenminister im überfüllten „Kulturhaus Freital“. Zeuginnen und Zeugen berichteten später von tumultartigen Szenen und einem entschlossenen Mob. Nach Veranstaltungsende wirft ein Neonazi beim Herausgehen jubelnd die Arme in

die Höhe. Die Veranstaltung war ohne Frage ein Sieg über die mageren zivilisatorischen Restbestände in Sachsen und Freital.

Dorfgemeinschaft entkonsolidieren statt vereinen

Umso völkischer das Umfeld – und Unorte wie Freital sind völkische Hochburgen – umso irrer ist der Glaube, eine staatlich organisierte Zusammenrottung der Bevölkerung vor Ort könne sich irgendwie für und nicht gegen Geflüchtete wenden. Falls der Staat kein Interesse an brennenden Flüchtlingslagern hat, darf er nicht den Rahmen für die Verabredung von Neonazis und anderen Rassistinnen und Rassisten organisieren.

Aber nicht nur in Freital zeigt man sich von der Idee beseelt, die Bürgerschaft in Flüchtlingsfragen einzubeziehen. Wenn Staat und Kommunen etwas aus den

Pogromen von 92/93 gelernt hätten, so ist allenthalben zu hören, dann sei es mithilfe von Bürgerbeteiligungen die Bevölkerung bei der Einrichtung neuer Lager „mitzunehmen“ bzw. „abzuholen“. Dass das Ergebnis in der Regel scharf rechts ausschlägt, sei im Folgenden am Beispiel der Gemeinde Ottobrunn bei München nacherzählt.

*Ottobrunn bei München entstand im Wesentlichen nach der Ansiedlung der aus den Ostgebieten nach 1945 ausgewiesenen Deutschen. Zuvor gab es außer ein paar Häuschen, Rüstungsindustrie und einem Außenlager des KZ-Dachaus nicht viel zu entdecken. Ökonomische Grundlage Ottobrunns sollte lange Zeit die Rüstungsindustrie bleiben. Allein die ehemalige NS-Rüstungsschmiede Messerschmitt (ab 1969 Messerschmitt-Bölkow-Blohm) zählte Ende der 80er-Jahre in Ottobrunn etwa 10.000 Beschäftigte und war die größte Arbeitsstätte der 20.000-Seelen-Gemeinde. Ottobrunn ist im Bundesvergleich heute eine wohlhabende Ortschaft mit einem hohen Anteil akademisch gebildeter Menschen.*

#### Ausgangslage: Privatisierung des Elends

Eine Hochrechnung hat ergeben, dass der ehemaligen Flüchtlingskolonie Ottobrunn bis Ende 2016 insgesamt 572 Geflüchtete zugewiesen werden sollen. Das entspräche etwa 2,7 Prozent der derzeitigen Bevölkerung. Bürgermeister Thomas Loderer (CSU) wurde deshalb aktiv und spähte zur Ausschreibung einen Platz zwischen Sportpark, Industriezentrum und Autobahnauffahrt aus und bot es der flüchtlingsorientierten Dienstleistungsbranche an.

Den Zuschlag zur Miete des Fleckchens bekam das Architekturbüro Ehret + Klein. Die Starnberger Refugee-Newbies haben eine Holzhausserie für Geflüchtete entworfen, die von ihrer Ausgründung „Feel Home“ betrieben werden soll. 13 Häuser sollten es sein – für 416 Geflüchtete.

Nicht gegen Holzhäuser in brandschatzenden Zeiten, nicht gegen die Privatisierung des Elends, sondern gegen Häuser für Geflüchtete am Haidgraben überhaupt formierte sich eine Ottobrunner Bürgerinitiative. Am 13. Januar 2016 wollten Bürgermeister Loderer, Polizeihauptkommissar Armin Ganserer und Landrat Christoph Göbel (CSU) nun auf einer Bürgerversammlung für den Neubau werben.

Vorhang auf:

„Landschaftspark mit Menschen zupflastern“

Anders als in Freital ließen die Menschen im dicht gefüllten Wolf-Ferrari-Haus den Landrat, den Bürgermeister und die Starnberger Geschäftsleute artig vortragen. Anders als in Freital lauteten die Wortmeldungen auch nicht: „Die Kannibalen werfen ihren Müll aus dem Fenster!“ In Ottobrunn läuft das subtiler.

Prof. Dr. rer. nat. Dietrich Schwägerl bringt mit seiner Wortmeldung den Vogel des Jahres 2016 gegen Geflüchtete in Stellung: den Distelfink.<sup>1</sup> „Ödlandreste“ wie am Haidgraben seien für diese bedrohte Vogelart existenzielle Nahrungsgrundlage, erklärt der Professor hintersinnig. Anhaltender Applaus.

Ein weiterer Bürger beschreibt seinen vermeintlichen gesellschaftlichen Aufstieg: Er habe es sich hart erarbeitet, nicht mehr in Neuperlach sondern in Ottobrunn wohnen zu dürfen. Und jetzt bekomme er „etwas viel Schlimmeres als Neuperlach vor die Tür gesetzt“. Ottobrunn dürfe nicht „unseren Landschaftspark mit fremden Menschen zupflastern“. Lauter Beifall.

Eine „Kronzeugin“ meldet sich zu Wort. Sie habe selbst einmal in einem „Helferkreis“ für Flüchtlinge gearbeitet und wisse daher genau, dass „die uns nicht akzeptieren“. Und gleichzeitig „verarmen unsere Senioren. Das ist auch nicht sozial gerecht“. Was sich da scheinheilig als soziale Frage heranwagt, ist nichts anderes als die aktuelle NPD-Parole: „Das deutsche Volk zuerst.“

#### Ungebrochene Traditionslinien

Den Schutz „unserer“ Tiere dem Schutz von „anderen“ Menschen voranzustellen, ist im Übrigen die menschenverachtende Seite deutscher Heimatschutztradition. Auf der gleichen ideologischen Grundlage sorgten sich die Nationalsozialisten peinlich genau um Rothirschbestand, Artenvielfalt und ihren Schäferhund, während sie Menschen in Öfen verheizten.

Entmenschlichung ist ein weiteres Merkmal einer nationalsozialistischen Traditionslinie. Wenn Menschen zu „Asphalt“ insinuiert werden, mit denen „unser“ Landschaftspark zugepflastert wird, dann ist Vorsicht geboten: Jedem Pogrom ging seit jeher eine sprachliche Entmenschlichung voraus.

Der Mietpreisspiegel werde rapide fallen, die Kriminalität steigen, nachts könne man nicht mehr auf die Straße gehen – das und Ähnliches ist an diesem Abend in Dauerschleife zu hören. Der Mob hat sich eingeschungen. Die Mitglieder der kleinen Gruppe „Helferkreis Asyl Ottobrunn/Hohenbrunn“ versinken immer tiefer in ihren Stühlen.

### Innerer Friede der Gemeinde bedroht

Nach etwa drei Stunden nimmt ein Mitglied des Helferkreises allen Mut zusammen: „Wir müssen auf die Menschen zugehen“, fordert er die Versammlung zur Offenheit gegenüber Geflüchteten auf. Es folgen Johlen und Zwischenrufe. Die „Volksgemeinschaft“ hat sich konstituiert, da ist für Menschlichkeit kein Platz mehr. Wer zuvor noch unschlüssig war, ist spätestens nach diesen Stunden geballten Ressentiments auf Linie gebracht.

Die Debatte um hilfsbedürftige Menschen wird in Ottobrunn nicht anders behandelt als die Frage, wo die Riesen-Stinke-Müllhalde errichtet werden soll, die zudem Feuer spucken und kleine Kinder fressen kann. Wenige Tage nach der Veranstaltung wird Bürgermeister Loderer den Zeitungen vermelden, dass die Siedlung doch deutlich kleiner ausfallen wird als geplant. Um den „inneren Frieden der Gemeinde“ zu gewährleisten, so Loderer.

### Epilog: Was bleibt, ist Mist

Bürgerinformationsveranstaltungen zu Asylunterkünften gehen in diesem Land notwendig nach hinten los. In der Bürgerversammlung stellt sich eine in anderen

Bereichen stellenweise noch tabuisierte menschenfeindliche Haltung als öffentliche Konsenshaltung dar. Gleichzeitig wird das Pogrom geprobt, der Rückhalt in der Bevölkerung im Falle von Übergriffigkeiten gegenüber Geflüchteten abgeklopft.

Überdies vermittelt eine solche Veranstaltung den Eindruck, bei der Unterbringung von Geflüchteten ginge es um eine Frage, die im basisdemokratischen Diskurs entschieden wird. Wenn über das Leben von Geflüchteten in dieser Gesellschaft basisdemokratisch entschieden würde, dann lebten Asylsuchende in ehemaligen, alten Kasernen in Deutschlands Einöden oder kämen gleich an den Grenzzäunen um. Wer unter diesen Umständen Basisdemokratie fordert, nimmt die Barbarei wissentlich in Kauf.

Das zentrale Problem bleibt allerdings das Zusammenkommen reaktionärer Kräfte. Örtliche AfD- und NPD-Kader, die ansonsten keine nennenswerte Verbreitungsplattform hätten, können sich auf Bürgerversammlungen in Szene setzen, sich mit Internet-Hassgestalten und völkischen Teilen der Bürgerschaft überhaupt erst verabreden und verbrüdern. Zu gewinnen gibt es dort für antirassistische Politik nichts.

Ob in Freital, Berlin-Hellersdorf, Tröglitz oder Ottobrunn (in spe): Auch wenn sich das Auftreten der örtlichen Bürgerinnen und Bürger in der Form unterscheidet, so bleibt das Ergebnis der Bürgerversammlungen in der Regel das Gleiche: Dem lieben Frieden zuliebe wird die regionale Abschottungspolitik gegen Geflüchtete verstärkt.<



Caspar Schmidt  
*Ist freier Journalist und Intellektueller und verfasst regelmäßig Polemiken für die Hinterland und vertreibt sich ansonsten gerne im Münchner Westend seine Zeit.*

<sup>1</sup> *Vogelliebe wird in Ottobrunn großgeschrieben. So gibt es heute, wo ehemals das Außenlager des KZ-Dachau in Ottobrunn lag, eine Zaunkönig-, Drossel-, Grasmücken- und Zeisigstraße. Direkt daneben erinnern Straßennamen an die „tragische“ deutsche Geschichte. Nämlich rufen eine Pommern-, Ostpreußen- und eine Sudetenstraße die „Vertriebenen“ aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in Erinnerung. Mehr gerade zum Thema Sudetendeutsche und Co. ist in der in Hinterland #22, „Hotzenplotz' Erben“ nachzulesen (<http://www.hinterland-magazin.de/pdf/22-40.pdf>)*